

## **Beschlußempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten  
(10. Ausschuß)**

- 1. zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Gerald Thalheim, Anke Fuchs (Köln),  
Ernst Bahr, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD  
– Drucksache 13/9761 –**

**Milchmarktpolitik ab dem 1. April 2000**

- 2. zu dem Antrag der Abgeordneten Ulrike Höfken, Steffi Lemke  
und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
– Drucksache 13/10277 –**

**Tragfähige Neuordnung der Milchmarktpolitik**

### **A. Problem**

Mit den Anträgen soll die Bundesregierung u. a. aufgefordert werden, ein Konzept vorzulegen, das nach Beendigung der jetzt geltenden Garantiemengenregelung Milch am 31. März 2000 Voraussetzungen für eine neue Milchmarktordnung schafft, damit die Milcherzeuger und die Milchwirtschaft sich auf die neue Situation rechtzeitig einstellen können. Basis der Neuordnung soll ein Milchquotenpoolsystem sein.

### **B. Lösung**

Ablehnung der Anträge.

**Mehrheit im Ausschuß**

### **C. Alternativen**

Keine

### **D. Kosten**

Kosten wurden nicht erörtert.

**Beschlußempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
die Anträge auf den Drucksachen 13/9761 und 13/10277 abzu-  
lehnen.

Bonn, den 6. Mai 1998

**Der Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten****Egon Susset**

Amtierender Vorsitzender

**Peter Bleser**

Berichterstatter

## Bericht des Abgeordneten Peter Bleser

### I.

Der **Antrag auf Drucksache 13/9761** wurde in der 224. Sitzung des Deutschen Bundestages am 26. März 1998 zur federführenden Beratung an den Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und zur Mitberatung an den Ausschuß für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

Den **Antrag auf Drucksache 10/10277** hat der Deutsche Bundestag in seiner 227. Sitzung am 2. April 1998 in erster Lesung behandelt und zur weiteren Beratung in gleicher Weise an die wie oben erwähnten Ausschüsse überwiesen.

### II.

Mit dem Antrag der Fraktion der SPD auf Drucksache 13/9761 soll die Bundesregierung u. a. aufgefordert werden, umgehend alle Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß mit Auslaufen der jetzt geltenden Garantiemengenregelung Milch am 31. März 2000 die Mengensteuerung bei Milch zeitlich begrenzt ab dem 1. April 2000 als betriebsbezogenes Lieferrecht für aktive Milcherzeuger, deren Verkauf, Verpachtung oder Verleasen ausgeschlossen ist, fortgeführt werden kann. Aktiven Milcherzeugern sind ab dem 1. April 2000 Lieferrechte in Höhe der von ihnen im Wirtschaftsjahr 1999/2000 abgabefreien Anlieferungsmenge einzuräumen. Nicht genutzte Lieferrechte fallen ab diesem Zeitpunkt an die nach Landesrecht zuständige ausgebende Stelle (Pool). Dabei ist den Ländern/Regionen das Recht einzuräumen, gebietliche Abgrenzungen vorzunehmen, um die Milcherzeugung insbesondere in Gebirgslagen und auf Dauergrünlandstandorten zu sichern. Die Flächenbindung soll aufgehoben werden.

Dementsprechend soll die Bundesregierung auf EU-Ebene aktiv werden.

Mit dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 13/10277 soll die Bundesregierung u. a. aufgefordert werden, ein umfassendes Konzept für die Neuregelung der Garantiemengenregelung Milch nach dem 31. März 2000 bzw. 2006 vorzulegen. Die Quotenregelung soll bis 2006 verlängert werden, ab dem 1. April 2000 soll ein Poolmodell bzw. Lieferrechtsmodell gelten. Die regionale Bindung der Quote soll aufrechterhalten bleiben. Im

Rahmen der Agenda 2000 soll es keine Quotenaufstockung geben; vielmehr sollen die Quoten an den Binnenverbrauch der EU angepaßt, d. h. gekürzt werden. Regionaler Absatz und Verarbeitung von Milch und Milchprodukten sollen verstärkt werden.

Beide Anträge sollen auch den besonderen Interessen der neuen Bundesländer entsprechen.

### III.

Der mitberatende **Ausschuß für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat in seiner 80. Sitzung am 29. April 1998 beide Vorlagen beraten.

Er empfiehlt die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 13/9761 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abwesenheit der Gruppe der PDS.

Auch wird die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 13/10277 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der Fraktion der SPD und bei Abwesenheit der Gruppe der PDS empfohlen.

### IV.

Bei der Beratung der Vorlagen im federführenden **Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten** in der 97. Sitzung am 6. Mai 1998 bezogen sich die Fraktionen sowie die Gruppe der PDS auf ihre Ausführungen in der umfangreichen Aussprache im Plenum anläßlich der Überweisung der Vorlagen.

Zu dem Antrag der Fraktion der **SPD auf Drucksache 13/9761** hat der Ausschuß mehrheitlich mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der SPD und der Gruppe der PDS bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung empfohlen.

Zu dem Antrag der **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 13/10277** hat der Ausschuß mehrheitlich mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der Fraktion der SPD und der Gruppe der PDS ebenfalls die Ablehnung empfohlen.

Bonn, den 6. Mai 1998

**Peter Bleser**

Berichterstatter

